

Staudämme im Amazonas

Das dreckige Geschäft mit „sauberer“ Wasserkraft

Die Gier nach Profit gefährdet eine der schönsten Schatzkammern der Erde

Die Amazonas Region Brasiliens: Hier befindet sich der größte noch verbliebene Regenwald der Erde. Doch das Paradies ist in Gefahr: Illegale Holzfäller und Siedler, gefolgt von industrieller Landwirtschaft, Rinderzucht, Mienenbau und Infrastrukturprojekten, wie der Bau großer Wasserkraftwerke, fressen sich immer weiter in den Urwald und hinterlassen unheilbare Wunden. Mehr als 750 000 Quadratkilometer Wald wurden bereits zerstört und damit die unvergleichliche Artenvielfalt der Region gefährdet. Die in den Wäldern lebenden indigenen Gemeinden wurden von ihrem Land vertrieben und das Weltklima wurde durch die Emissionen angeheizt.

Seit 2004 ist die Entwaldung zurückgegangen, doch der brasilianische Kongress verabschiedete 2012 ein Gesetz, das in Brasilien ein Klima der Straflosigkeit für illegale Entwaldung schaffte: Seitdem ist die Zerstörungsrate wieder angestiegen. Die Regierung von Dilma Rousseff ist von wirtschaftlicher Entwicklung um jeden Preis besessen und treibt den Ausbau von Wasserkraftwerken im Amazonas weiter voran.

Eine der Regionen, die es am schlimmsten treffen könnte, ist die Region entlang des Tapajós, einem der letzten unberührten Flüsse des Amazonas-Beckens und gleichzeitig eine der artenreichsten Gegenden der Erde. Mehr als 40 Dämme sind hier an Zuflüssen des Tapajós in Planung oder bereits im Bau. Außerdem gibt es Pläne über die Stauseen eine industrielle Wasserstraße für den Soja-Transport zwischen Mato Grosso und dem Atlantik zu schaffen. Am Tapajós selbst sowie an einem seiner Zuflüsse, dem Jamanxim, werden fünf Dämme geplant, die für die brasilianische Regierung Priorität haben.

Der Größte von ihnen ist der São Luiz do Tapajós (SLT) Staudamm. Durch seinen Bau werden voraussichtlich fast 400 km² Urwald überflutet und durch indirekte Auswirkungen weitere 2.200 km² zerstört.

Bei Umweltzerstörung wird gern ein Auge zugedrückt

Die bisherigen Erfahrungen beim Bau von Wasserkraftprojekten im Amazonas zeigen: Staudämme können auf einen Schlag riesige Lebensräume wie Auwälder ausradieren. Diese sind auf eine saisonale Überflutung angewiesen und haben gravierenden Einfluss auf die Fischbestände und auf das Leben von Schildkröten, Kaimanen, Ottern und Flussdelfinen. Diese Einflüsse können sich sogar auf Gebiete einige hundert Kilometer flussauf- oder abwärts der Dämme auswirken und zum Aussterben von Arten führen. Straßen und andere infrastrukturelle Veränderungen, die mit dem Bau des Dammes einhergehen, können ein Magnet für illegale Holzfäller und zerstörerische industrielle Entwicklung wie Mienenbau oder Agrarwirtschaft sein. So wird die Entwaldung weiter vorangetrieben.

Die für solche Projekte in Brasilien notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA- Environmental Impact Assessment) identifizierte ca. 2 600 Arten in der Umgebung des Gebietes, in dem der Damm gebaut werden soll. Viele von ihnen sind vom Aussterben bedroht, einige Vogel- und Primatenarten waren der Wissenschaft bisher unbekannt. Das gesamte Gebiet ist für den Erhalt der Artenvielfalt von immenser Bedeutung.

Dennoch zeigt eine von Greenpeace im Jahr 2015 in Auftrag gegebene, unabhängige Studie, dass die durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung in vielerlei Hinsicht unzureichend ist:

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 401, BLZ: 430 609 67

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Besonders wichtige Lebensräume wurden nicht erfasst, Gebiete flussabwärts des geplanten Dammes nicht begutachtet, eine Risikoanalyse für die erfassten Arten nicht durchgeführt und die vorgeschlagenen Maßnahmen, um die Auswirkungen des Staudamms auf die Tierwelt zu minimieren, sind unzureichend. Die Aussagekraft der EIA ist also fraglich, zumal sie von dem Firmenkonsortium durchgeführt wurde, das starkes Eigeninteresse am Bau des São Luiz do Tapajós hat.

Die Greenpeace-Studie empfiehlt der IBAMA Behörde (Brazilian Institute of the Environment and Renewable Natural Resources), die Genehmigung der Umweltverträglichkeitsprüfung abzulehnen. Dieser Aufforderung ist die IBAMA bisher nicht nachgekommen. Auch enthält die Greenpeace-Studie Empfehlungen, die Auswirkungen des Staudamm-Baus und der Wasserstraßen auf das gesamte Becken umfassend zu untersuchen. Dies hat die Regierung zynischer Weise abgelehnt, obwohl dies vom Nationalen Umweltrat Brasiliens (National Environmental Council) gefordert wird.

Zwangsumsiedlung traditioneller Gemeinschaften

Der São Luiz do Tapajós Staudamm wird zusammen mit zwei weiteren Dämmen flussaufwärts dazu führen, dass riesige Gebiete überflutet werden. Hier leben seit dem 19. Jahrhundert Flussanwohner, sowie die indigenen Munduruku. Ihre Lebensgrundlagen sind durch die zu erwartende Veränderung der Fischbestände, die zurückgehende Bodenfruchtbarkeit sowie eine geringere Wasserqualität bedroht. Massenfischsterben und Gesundheitsprobleme durch belastetes Wasser wurden bereits bei anderen Dämmen im Tapajós-Becken sowie beim teilweise fertiggestellten Belo Monte Staudamm am Xingu-Fluss berichtet.

Dieser Druck lastet schwer auf der Bevölkerung des Gebietes, die durch den Damm gezwungen sein könnte, in nahegelegene Städte umzusiedeln. Die müssen

sich ohnehin schon auf eine hohe Zahl von Zuwanderern einstellen, die in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz im Rahmen des Dammbaus in die Städte strömen. Wie der Bau des Belo Monte Staudammes gezeigt hat, ist die Infrastruktur solcher Städte darauf nicht ausgelegt und das soziale Gefüge gerät aus dem Gleichgewicht: Erhöhter Drogenkonsum, Gewalt und Prostitution sind die Folgen.

Die brasilianische Regierung ist verpflichtet, sowohl die Verfassung, als auch internationale Abkommen wie Artikel 19 der UN Deklaration für Rechte indigener Völker (UNDRIP- UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples) und die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO- International Labour Organization) einzuhalten. Sie muss das Recht auf „free, prior and informed consent (FPIC)“, also die freiwillige, vorherige und informierte Einverständniserklärung der indigenen Bevölkerung, garantieren, sofern ihr Territorium, ihre Lebensgrundlage oder ihre Rechte betroffen sind. Die Regierung Brasiliens muss außerdem ihr unveräußerliches Recht auf ihre traditionellen Territorien und Ressourcen schützen und hat laut Verfassung die Pflicht das Land der Indigenen zu demarkieren. Dies ist Voraussetzung für eine formelle rechtliche Anerkennung des Territoriums. Man sollte daher annehmen, dass der Staat eine angemessene Konsultation der Indigenen bei Projekten, die ihr Land und ihre Lebensgrundlagen bedrohen, durchführt.

Gerade bei Wasserkraft-Projekten scheint dies jedoch nicht der Fall zu sein. Als ein öffentlicher Kläger im November 2014 einen Rechtsstreit gewann, um die Regierung zu einem Konsultationsprozess im Rahmen des Staudammbaus zu bewegen, verkündete Jaques Wagner, heutiger Verteidigungsminister Brasiliens, dass ein Konsultationsprozess das Vorhaben der Regierung, das Projekt voranzutreiben, nicht beeinflussen würde. Nicht nur werden kaum Informationen über die Auswirkungen des Dammbaus bekannt gemacht, auch werden die indigenen Gegner des Dammprojektes durch den Ein-

satz der brasilianischen Bundespolizei und der Armee eingeschüchtert. So soll eine Atmosphäre der Angst geschaffen werden, die einen ehrlichen Konsultationsprozess unmöglich macht. Bisher gab es keine Konsultation und es scheint, dass die Verträge zum Bau des Dammes besiegelt werden – ohne, dass die Munduruku dazu ihr freies Einverständnis oder ihre Ablehnung (im Sinne des FPIC-Rechts) erklären könnten. Ihr Anspruch auf ihr traditionelles Territorium wird verletzt. Die Demarkierung dieser Gebiete wird von der Regierung konstant verhindert.

Billige, saubere Wasserkraft: Ein Mythos

Befürworter der infrastrukturellen Entwicklung des Amazonas versuchen die verheerenden ökologischen und sozialen Auswirkungen zu rechtfertigen, indem sie behaupten, dass Staudämme eine kohlenstoffneutrale Energiequelle sind. Diese werde sogar den Klimawandel aufhalten, so die Fürsprecher. Leider halten diese Behauptungen keiner Analyse stand. Neben der Energie, die für den Aufbau dieser riesigen Anlagen aufgewendet werden muss, emittieren Dämme durch die Verrottung überfluteter Böden erhebliche Mengen an Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Methan. So weisen einige Staudämme Emissionen auf, die mit denen fossiler Brennstoffe vergleichbar sind. Einer Studie zufolge könnte der SLT-Damm innerhalb der nächsten 20 Jahre genauso viel zum Klimawandel beitragen wie ein halbes Gaskraftwerk, was weitaus mehr ist als der Beitrag entsprechender Wind- oder Solarkapazitäten. In diesen 20 Jahren wird sich durch unsere Handlungen entscheiden, ob wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern können oder eben nicht.

Dämme im Amazonas-Gebiet liefern also keine saubere Energie. Zudem ist nicht einmal sicher, dass sie eine verlässliche beziehungsweise notwendige Lösung für die Energiebedürfnisse des Landes darstellen. Prognosen sagen, dass die Flüsse in der Region durch den Klimawandel in

Zukunft erheblich weniger Wasser führen werden (im Gebiet des SLT Staudammes bis zu 30% weniger). So können die neuen Dämme kaum die von der Regierung eingeplante Energiemenge erzeugen. Saisonal bedingte Schwankungen werden ebenfalls zunehmen und die Produktivität über das Jahr hinweg einschränken. Brasilien musste sich bereits 2001 mit einer erheblichen Stromrationierung aufgrund von Dürre auseinandersetzen. Also, warum sollte ein Land, dessen Energieversorgung bereits zum großen Teil auf Wasserkraft basiert, diese Abhängigkeit noch weiter ausbauen?

Die daraus resultierende Unsicherheit, kombiniert mit erheblichen, zu erwartenden Kostenüberschreitungen (die sich bei ähnlichen Bauvorhaben im Amazonasgebiet immer wieder gezeigt haben) schwächt auch die wirtschaftlichen Argumente für die Investition in Wasserkraft, zumal die prognostizierten Erträge nicht zu erwarten sind. Trotz Gesetzen, die in 2015 verabschiedet wurden, sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Dürren auf die Industrie verringert werden. Dies wird übrigens durch höhere Verbraucherpreise und zentralisierte Hedge Mechanismen finanziert. Brasiliens Ziel, bis 2024 die Kapazität für die Energie-Erzeugung auf 73 Gigawatt zu erhöhen - ein Drittel davon durch Mega-Staudämme - basiert auf einer zu hoch angesetzten Nachfrage. Diese setzt ein unrealistisch hohes Wirtschaftswachstum voraus und hat mehr mit dem Wunsch nach einem massiven Ausbau der Großindustrie zu tun, als dem nach einer Energieversorgung für die Allgemeinheit. Nach Schätzungen wären bis zu 40% der geplanten neuen Kapazitäten überflüssig, wenn man sich bei den Plänen auf eine höhere Energieeffizienz konzentrieren würde

Globale Unternehmen dürfen nicht weiter von der Zerstörung des Amazonas profitieren

Trotz der vielen ungeklärten Fragen hat das SLT-Projekt bereits das Interesse einer Reihe von brasilianischen und aus-

ländischen Energieunternehmen auf sich gezogen. Sie haben zwei Konsortien gebildet und Vorstudien in Auftrag gegeben. Es ist zu erwarten, dass sie sich entsprechend um den Projektauftrag bewerben werden. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass sich weltweit tätige Maschinenbauunternehmen, die bereits Erfahrung mit dem Bau von Wasserkraftwerken im Amazonas-Gebiet haben, ebenfalls an dem geplanten Projekt beteiligen werden. Zu ihnen gehören General Electric, Voith Hydro (ein Joint Venture aus Siemens und Voith) und Andritz. Auch Versicherer, wie die Münchener Rück, Allianz und Mapfre, waren schon an vergleichbaren Projekten beteiligt. Die Finanzierung wird vermutlich in erster Linie von der nationalen Entwicklungsbank BNDES kommen (die mit den Entwicklungsbanken von China, Deutschland, Japan und anderen Ländern zusammenarbeitet).

Unter dem Deckmantel dieser internationalen Unternehmen und Institutionen, die diese Projekte seriös wirken lassen, wird Brasiliens Vorliebe für Wasserkraft im Amazon-Gebiet dennoch dazu führen, dass nicht die Bevölkerung von diesen Projekten profitiert, sondern nur einige Wenige. Um ein Energiesystem entwickeln zu können, das sowohl den Herausforderungen des Klimawandels als auch einer nachhaltigen Entwicklung Brasiliens standhalten kann, muss das Land das Vermächtnis einer unflexiblen diktatorischen Haltung abschütteln. Banken, Versicherungen, Lieferanten und Auftragnehmer, die sich an diesen Projekten beteiligen, setzen sich gravierenden finanziellen und Reputationsrisiken aus.

Greenpeace fordert die brasilianische Regierung auf, ihre Pläne für Wasserkraft-Projekte, wie den SLT-Staudamm, im Amazonas-Gebiet aufzugeben. Unternehmen und Banken, die in Erwägung ziehen, sich an solchen Projekten zu beteiligen, sollten stattdessen Brasilien darin unterstützen, ein sauberes, zukunftsfähiges Energiekonzept zu entwickeln und umzusetzen.

Greenpeace fordert - von der brasilianischen Regierung:

- Keine neuen Wasserkraftwerke im Amazonas-Biome
- Abgrenzung des Landes der indigenen Munduruku in Sawré Muybu
- Respekt gegenüber den Rechten der Indigenen Bevölkerung, wie in der brasilianischen Verfassung, der ILO Konvention 169 und der UNDRIP verankert
- Gewährleistung effektiver Maßnahmen für identifizierte Schutzgebiete im Tapajós-Becken

Greenpeace fordert - von Unternehmen, die eine Beteiligung oder Finanzierung des SLT-Staudammes in Erwägung ziehen:

- Öffentliche Distanzierung von dem Tapajós-Staudammprojekt
- Keine weitere Teilnahme an weiteren umwelt- oder sozialunverträglichen Wasserkraftprojekten
- Investitionen in saubere erneuerbare Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, sowie in Energie-Effizienz-Maßnahmen

Weitere Informationen

Sprechen Sie uns bei Fragen gerne an, oder kontaktieren Sie uns unter presse@greenpeace.de.

Weitere Informationen finden Sie unter www.greenpeace.de.